

Grottfauer Kreisblatt

Stüd 50

Grottfau, den 14. Dezember 1935

Jahrg. 1935

Erscheinungsweise: Erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis für den Monat 35 Rpf. Einzelnummern sind in der Buchhandlung Ring 1, Grottfau erhältlich. Fernsprecher 84. Postcheckkonto Breslau 20416.

295.

Bekanntmachung, betreffend das Fuhrgewerbe.

Bei der Entscheidung über die Frage, wann ein Fuhrbetrieb gewerbsmäßig unterhalten und wann er nur gelegentlich ausgeübt wird, sind im Zusammenhang mit der gesetzlichen Verpflichtung der gewerblichen Fuhrunternehmer, der Zwangsorganisation „Reichsverband des Fuhrgewerbes“ beizutreten, durch meine Bekanntmachung vom 2. 10. 1935, Nr. 226 (Kreisblatt S. 99) gewisse Zweifel hervorgerufen worden. Zur Behebung dieser Zweifel gebe ich im folgenden den Erlaß des Herrn Reichs- und Preussischen Verkehrsministers vom 18. 11. 1935 bekannt, der auf Seite 185 des Reichsverkehrsblattes 1935 abgedruckt ist.

Grottfau, den 5. Dezember 1935.

Der Landrat
als Kreispolizeibehörde.

Berlin, den 18. November 1935.

K S 8 p 4149 II.

Nachstehender, an die Reichsverkehrsgruppe Fuhrgewerbe gerichteter Erlaß wird wegen seiner allgemeinen Bedeutung bekanntgegeben.

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister.

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister.

K. S 8 p. 4149.

Berlin W 8, den 13. November 1935.

Wilhelmstraße 80.

An die Reichsverkehrsgruppe Fuhrgewerbe München. Zu meiner Verfügung vom 18. Dezember 1934 — K. S 2 p. 4757/34 — über die Zugehörigkeit von Fuhrunternehmern zum Reichsverband des Fuhrgewerbes, der jetzigen Reichsverkehrsgruppe Fuhrgewerbe. Abgedruckt in Nr. 297 des Deutschen Reichsanzeigers vom 20. Dezember 1934).

Zur Behebung auftretender Zweifelsfragen über die Zugehörigkeit von ländlichen Unternehmern zur Reichsverkehrsgruppe Fuhrgewerbe gebe ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft folgende Richtlinien:

Für die Beurteilung der Frage, ob ein Unternehmen des Fuhrgewerbes vorliegt, ist entscheidend, ob das Maß der Fuhrleistungen über das für landwirtschaftliche Betriebe gleicher Art und Größe in der Gegend herkömmliche hinausgeht. Ueber das Maß des herkömmlichen hinausgehende Fuhrleistungen sind regelmäßig dann anzunehmen, wenn die Spannviehhaltung des Bauern oder Landwirts über das für landwirtschaftliche Betriebe gleicher Art und Größe ortsübliche Maß hinausgeht, oder Einrichtungen bestehen, die nicht durch das Bedürfnis der Landwirtschaft, sondern des Fuhrgewerbes bedingt sind.

Darüber, ob hiernach Zugehörigkeit von Bauern oder Landwirten zur Reichsverkehrsgruppe Fuhrgewerbe vorliegt, haben sich im Streitfalle die örtliche Gliederung der Reichsverkehrsgruppe Fuhrgewerbe und der Ortsbauernführer zu verständigen. Sollten sich diese Stellen nicht einigen können, so ist jede von ihnen berechtigt, die Entscheidung der unteren Verwaltungsbehörde (in Preußen des Landrats) anzurufen. Die Entscheidung dieser Behörde ist endgültig, jedoch bleibt es ihr unbenommen, in Fällen grundsätzlicher Art auf dem Dienstwege meine Entscheidung einzuholen.

296.

Vergnügungssteuer.

Vergnügungssteuer (Bef. v. 7. 6. 1933, RGBl. I S. 351, in der Fassung des VO. v. 22. 12. 1933, RGBl. 1934 I S. 35).

Von den in den letzten Jahren ergangenen RdSchr. über die Vergnügungssteuer haben insbesondere diejenigen vom 2. 11. 1934 — S. 1604—113 I RStBl. S. 1385, MBlV. S. 1495) und vom 10. 4. 1935 — S. 1604—126 I (RStBl. S. 638, MBlV. S. 583) das Ziel verfolgt, die Besteuerung der Vergnügungen den geänderten politischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen insoweit anzupassen, als dies ohne Aenderung der Bestimmungen über die Vergnügungssteuer und ohne erhebliche Beeinträchtigung des Einkommens an Vergnügungssteuer möglich war. In den letzten Monaten sind mir nun zur Vergnügungssteuer neue Anträge von allgemeiner Bedeutung zugegangen. Auch diesen Anträgen gegenüber muß ich an dem in der Einleitung zu dem RdSchr. v. 2. 11. 1934 ausgesprochenen Gedanken festhalten, daß zur Zeit eine Aenderung des Wortlauts der Bestimmungen nicht angängig ist. Um aber eine möglichst gleichmäßige Behandlung der neu aufgeworfenen Fragen sicherzustellen, nehme ich dazu wie folgt Stellung und bitte, die Gemeinden anzuweisen, nach diesen Grundsätzen zu verfahren.

I. Veranstaltungen zugunsten des Winterhilfswerks 1935/36.

1. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar dem Winterhilfswerk zugeführt wird, sind auf Grund des Art. II § 2 Ziff. 2 der Bestimmungen von der Vergnügungssteuer befreit, sofern keine Tanzbelustigungen damit verbunden sind (zu vgl. das RdSchr. v. 22. 12. 1933 — S. 1604—85 Im). Diese Bestimmung gilt allgemein, ohne Rücksicht auf die Person des Veranstalters. Im Hinblick auf die besonderen Ziele des Winterhilfswerks habe ich mich in den beiden Vorjahren damit einverstanden erklärt, daß über den dadurch gezogenen Rahmen hinaus Steuerbefreiung zugunsten des Winterhilfswerks auch für Veranstaltungen mit Tanzbelustigung gewährt wurde. Die besondere Vergünstigung war auf Vergnügungen beschränkt, die von Organisationen der NSDAP. und

der NS-Volkswohlfahrt e. V. veranstaltet wurden (zu vgl. das vorerwähnte RdSchr. v. 22. 12. 1933). Diese Ausdehnung der Steuerbefreiung will ich trotz der dagegen geltend gemachten nicht unbegründeten Bedenken auch für das Winterhilfswerk 1935/36 zugestehen. Ich beschränke sie auf Veranstaltungen, die von dem Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk selber oder den von ihm dafür bestimmten Stellen, von der NSDAP. und ihren Gliederungen sowie der NS-Volkswohlfahrt e. V., ferner von den Dienststellen der Wehrmacht im Rahmen des Winterhilfswerks durchgeführt werden, und deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar dem Winterhilfswerk zugute kommt.

2. (1) Bei der Durchführung des Winterhilfswerks in den beiden vergangenen Jahren hat sich mehrfach gezeigt, daß sowohl mit der allgemeinen Steuerbefreiung für Vergnügungen ohne Tanz wie mit der für einen engeren Kreis von Veranstaltern zugelassenen besonderen Vergünstigungen für Vergnügungen mit Tanz Mißbrauch getrieben worden ist. Es ist auch für solche unter dem Namen des Winterhilfswerks durchgeführte Veranstaltungen Steuerbefreiung beansprucht worden, für die ein Ertrag an das Winterhilfswerk nicht abgeführt wurde, weil ein Ueberschuß nicht erzielt worden war und vielfach nach der ganzen Planung und Durchführung der Veranstaltung nicht erzielt werden konnte. Ein derartiges Vorgehen entspricht in keiner Weise dem Grundgedanken des Art. II § 2 Ziff. 2 der Bestimmungen. Denn ein Verzicht der öffentlichen Hand auf einen Steueranspruch zugunsten eines mildtätigen Zweckes ist nur dann gerechtfertigt, wenn diesem dadurch eine Summe zufließt, die höher ist als die der Gemeinde entgehende Steuer.

(2) Zur Abstellung dieser Mißstände ist mit den beteiligten Stellen folgendes Verfahren vereinbart worden: Soweit die Veranstaltungen nicht von dem Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk selber oder den von ihm dafür bestimmten Stellen durchgeführt werden, bedarf es der Genehmigung der dafür zuständigen Stellen, daß die Veranstaltung unter Hinweis auf das Winterhilfswerk angekündigt und durchgeführt werden darf. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese Genehmigung nur für solche Veranstaltungen erteilt wird, bei denen nach dem Voranschlag ein bestimmter Teil der Roheinnahme dem Winterhilfswerk zufließt (zu vgl. dazu auch RdErl. d. RuPrMdJ. v. 17. 8. 1935 — V W 6000 a/13. 8., MBliv., S. 1049). Bei der steuerlichen Anmeldung ist dieser Genehmigungsbescheid vorzulegen. Die Steuerstelle kann dann einen vorläufigen Freistellungsbescheid erteilen. Endgültig spricht sie die Befreiung der Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer erst aus, wenn der Veranstalter eine Geldspendenquittung des zuständigen Beauftragten des Winterhilfswerks über den abgeführten Betrag vorlegt, und wenn feststeht, daß der abgeführte Betrag den gesamten Reinertrag darstellt und mindestens das Doppelte der an sich geschuldeten Steuer ausmacht. Diese Regelung gilt für alle Veranstaltungen zugunsten des Winterhilfswerks, also auch für die unter Ziffer 1 erwähnten Veranstaltungen mit Tanz.

Berlin, den 14. November 1935.

Der Reichsminister der Finanzen.

Veröffentlicht.

Grottkau, den 10. Dezember 1935.

Der Landrat.

Dr. Jüttner.

297.

Den Ortsbehörden bringe ich hiermit meine Kreisblattbekanntmachung vom 22. November 1927 — Seite 198, lfd. Nr. 420 — in Erinnerung und ersuche, für rechtzeitige Einsendung der **Veränderungsanzeigen** an die zuständigen Finanzämter Sorge zu tragen.

Grottkau, den 6. Dezember 1935.

Der Landrat.

Dr. Jüttner.

298.

Wintersport auf öffentlichen Straßen.

RdErl. d. RuPrMdJ. v. 23. 11. 1933

III M 32 Nr. 41/35.

MBliv. S. 1436.

(1) Auf einer zum Wintersport (Rodeln) von der Pol.-Behörde freigegebenen öffentlichen Straße hatte sich ein Unfall ereignet, für dessen Folgen der Fiskus schadensersatzpflichtig gemacht wurde. Im Urteil kommt zum Ausdruck, daß die Pol.-Behörde durch die Freigabe der Straße zum Rodeln einen Sonderverkehr eröffnet habe, der sie verpflichte, im Rahmen des im Verkehr Erforderlichen für die Sicherheit der Rodeler zu sorgen und nach Möglichkeit Gefahrenquellen zu beseitigen sowie alles in ihren Kräften Stehende zur Verhinderung von Unfällen zu tun. Diese Pflicht habe die Pol.-Behörde nicht in genügendem Maße erfüllt.

(2) Zur Vermeidung von Unfällen und Schädigungen des Fiskus ersuche ich, bei Freigabe von öffentlichen Straßen und Plätzen zu Wintersportzwecken alle irgendwie geeigneten und möglichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Die Freigabe ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, insbesondere sind nur solche Straßen und Plätze dafür auszuwählen, die entweder gar keinen oder aber nur geringen Fahrzeugverkehr aufweisen. Neben einer Sperrung des Fahrzeugverkehrs auf der freigegebenen Straße selbst wird es sich empfehlen, auch den Querverkehr abzuriegeln oder sonst in diesen Straßen durch geeignete Warnungsschilder auf die Freigabe hinzuweisen. Für eine Ueberwachung der freigegebenen Straßen, nötigenfalls durch besondere Streifen, ist zu sorgen.

Veröffentlicht.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich um Beachtung.

Grottkau, den 9. Dezember 1935.

Der Landrat.

Dr. Jüttner.

Das landwirtschaftliche Entschuldungsverfahren über den Betrieb des Landwirts Franz Knöfel in Kühschmalz Kreis Grottkau, wird gemäß § 3 Ziffer 4 des Schuldenregelungsgesetzes vom 1. Juni 1933 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 2 der 2. Durchführungsverordnung dazu aufgehoben. 6. Zw. E. 490.

Entschuldungsamt Brieg, 5. November 1935.

Drucksachen aller Art
fertigt schnell, sauer und preiswert die
Buchdruckerei Konrad Menzel.